



Stellungnahme zum Kreishaushalt 2026 der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Es gilt das gesprochene Wort.



Für die AfD-Fraktion

Chris Hegel

Fraktionsvorsitzender

Sitzung des Kreistages – Aalen, den 25. November 2025

Sehr geehrter Herr Landrat Bläse,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Kurz,
geehrte Kollegen Kreisräte,
verehrte Mitbürger und anwesende Gäste,

am 24.11.2024, also fast auf den Tag genau vor einem Jahr, habe ich hier meine Rede zum Haushaltsplan 2025 gehalten. Damals habe ich eindringlich davor gewarnt, wohin die Reise geht, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Schauen wir heute auf den Ostalbkreis, dann sehen wir: Genau dieser Weg wurde weiter beschritten. Wir werden zum Ende dieses Jahres die 100-Millionen-Euro-Schuldenmarke nahezu erreichen. Rechnet man die Verbindlichkeiten der Kliniken hinzu, haben wir diese Grenze längst deutlich überschritten. Auch der diesjährige Haushaltsplan ist defizitär, die Schuldenkurve zeigt weiter nach oben.

Die nun geplante Absenkung der Kreisumlage um einen Punkt ist in diesem Zusammenhang kaum mehr als ein symbolischer Akt. Die meisten Städte und Gemeinden zahlen aufgrund der aktuellen Steuerkraftmesszahl dennoch mehr als im Vorjahr. Wir hatten im letzten Jahr eine der höchsten Kreisumlagen in Baden-Württemberg. Nun haben viele Kreise nachgezogen. Das mag die Reihung kosmetisch verändern, verbessert aber in keiner Weise die Lage im Ostalbkreis. Vielmehr ist es ein Ausdruck der Schieflage in ganz Baden-Württemberg.

Schon im vergangenen Jahr habe ich mit Blick auf die Finanzlage des Bundes, des Landes und der Kommunen darauf hingewiesen, dass viele Bürger mit großer Sorge in die Zukunft schauen. Heute kann man festhalten: Diese Sorgen waren und sind mehr als berechtigt. Die Zustände im Bund und im Land haben sich im Lauf des vergangenen Jahres nicht verbessert, sondern dramatisch verschärft.

Nach dem vergesslichen Olaf regiert nun Lügenkanzler Merz in Berlin. Noch kurz vor der Wahl hat dieser vollmundig verkündet, dass wir uns keine weiteren Schulden leisten dürfen, weil wir damit die Zukunft unserer Kinder gefährden und das verbrauchen, was kommende Generationen eines Tages zum Leben brauchen werden. Wenige Tage nach der Wahl hat er dann den alten Bundestag einberufen und damit ohne demokratische Legitimation das größte Schuldenpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet: 500 Milliarden Euro, plus die Möglichkeit einer Neuverschuldung von bis zu 1.500 Milliarden Euro.

Bereits jetzt liegen die gesamtstaatlichen Schulden bei über 2.500 Milliarden Euro. Und selbst bei den aktuell historisch niedrigen Zinsen, die insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Schulden sicherlich steigen werden, wird diese Schuldenlast die öffentlichen Haushalte über Jahrzehnte hinweg fesseln. Und wir erleben bereits die Folgen dieser Politik. Die Steuern und Abgaben werden immer weiter erhöht, dabei liegen unsere Bürger bereits unter einer enormen Steuer- und Abgabenlast. Für das Jahr 2025 prognostiziert der Bund der Steuerzahler, dass ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt 52,9 % seines Einkommens an Staat und Sozialkassen abgibt. Von einem verdienten Euro bleibt einem Arbeitnehmer in Deutschland also nur noch etwa 47 Cent.

Ich habe bereits im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass viele Menschen längst durchrechnen, ob sich Arbeit in diesem Land noch lohnt. Ich bin überzeugt, dass die Antwort für immer mehr Menschen Nein lautet. Und ich muss an dieser Stelle erneut darauf hinweisen, dass wir in den vergangenen zwei Jahren Rekordeinnahmen verzeichnet haben. Die Einnahmenseite ist in diesem Land nicht das Problem der öffentlichen Haushalte. Im Gegenteil: Wir müssen endlich dazu übergehen, die Bürger wieder zu entlasten und insbesondere Familien finanziell zu stärken.

Und es steht auch die Frage im Raum, was passiert, wenn Steuererhöhungen nicht mehr ausreichen. Wir werden dann über Lastenausgleichsmodelle wie im Jahr 1952 sprechen oder aber eine große Inflation erleben, mit der sich der Staat seiner Schulden entledigt. So oder so: Die Menschen, die bereits jetzt mit ihren Steuern dieses Land am Laufen halten, werden am Ende wieder einmal die Leidtragenden sein.

Während dieses Damoklesschwert über uns schwebt, sprechen Sie, Herr Landrat, in Ihrer Rede von „neuen Perspektiven und neuer Kraft“ für den Ostalbkreis. Das scheint die neue CDU-Linie zu sein, denn auch Manuel Hagel wirbt aktuell im Landtagswahlkampf für „ein neues Mindset“ und möchte auf keinen Fall über die CDU-Politik der vergangenen Jahre sprechen.

Ihre Haushaltsrede, Herr Landrat, war eine politische Bankrotterklärung. Da sind keine neuen Ideen, keine neue Kraft und schon gar kein konkreter Plan für die Zukunft dieses Kreises. Was am Ende übrig bleibt, ist der durchsichtige Versuch, die Lage schönzureden. Letztendlich versuchen Sie, den Bürgern die übrig gebliebenen Reste vom Vortag als Festmahl zu verkaufen.

Wenn Sie dann auch noch von „Generationengerechtigkeit“ sprechen, ist das für mich, insbesondere auch als Vertreter der jungen Generation, ein Schlag ins Gesicht. Denn während Sie sich über das Schuldenpaket freuen, ächzt meine Generation bereits unter der Last, die Ihre Parteikollegen uns aufgebürdet haben. Eine Last, die unsere Handlungsfähigkeit in der Zukunft massiv einschränkt, lange nachdem Sie sich in den politischen Ruhestand verabschiedet haben.

Die 13,1 Milliarden Euro, welche in den nächsten zwölf Jahren aus diesem Topf nach Baden-Württemberg ausgeschüttet werden, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Letztendlich verzögert das Schuldenpaket nur das Unausweichliche. Denn an der Ausgangslage hat sich nichts geändert. Es gibt weiterhin keine echten Reformen, keine Kurswende bei Migrations-, Klima- oder Gesundheitspolitik.

Die Grenzen sind nach wie vor weit offen, Abertausende strömen Jahr für Jahr in unser Land. Den Preis dafür zahlen wir alle – finanziell, gesellschaftlich und leider viel zu oft auch mit Leib und Leben.

Sie, Herr Landrat, haben in Ihrer Rede eine „veränderte Sicherheits- und Gefahrenlage“ angesprochen. Und hier gibt es reichlich Debattenbedarf. Normalerweise beginnen um diese Jahreszeit landesweit die Weihnachtsmärkte, und wir begehen gemeinsam die besinnliche Zeit des Jahres und feiern die Geburt Jesu Christi. Das ist schon längst nicht mehr selbstverständlich. Im Jahr 2025 werden zahlreiche Weihnachtsmärkte gar nicht erst eröffnet, andere nur unter massiven Sicherheitsauflagen. Unser Stadtbild an Weihnachten ist geprägt von Merkel-Pollern, Radladern und Einsatzfahrzeugen an jeder Zufahrt. Das ist in Deutschland im Jahr 2025 nötig, um unser Brauchtum im eigenen Land zu leben. Wir erleben unsere Feste längst nicht mehr unbeschwert, sondern begleitet von Terror und Angst.

Das ist nicht nur zu Weihnachten so. Die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder der Nachhauseweg ist für viele Menschen längst nichts mehr, dem man gelassen entgegensieht. Auch in Baden-Württemberg steigt die Gewaltkriminalität. Deutschlandweit ereignet sich alle 18 Minuten ein Messerangriff, mehr als acht davon ereignen sich jeden Tag in Baden-Württemberg. Über seit 2015 neuartige Phänomene wie Gruppenvergewaltigungen und andere brutale Verbrechen möchte ich an dieser Stelle gar nicht weiter ins Detail gehen. Klar sind zwei Dinge:

Diese veränderte Sicherheitslage ist eine direkte Folge der Migrationspolitik Ihrer Altparteien. In allen relevanten Deliktsbereichen sind Migranten massiv überrepräsentiert.

Zweitens ist klar, dass all das auch uns hier im Ostalbkreis betrifft. Auch unsere Städte und Gemeinden sind unsicher geworden, auch unsere Feste können nicht mehr unbeschwert und ohne Angst begangen werden. Und trotzdem sprechen Sie unter dem Oberbegriff „Sicherheits- und Gefahrenlage“ lieber über die Fantasiegefahr eines Klimawandels, anstatt die Gefahren und Ängste anzusprechen, die die Menschen im Ostalbkreis jeden Tag auf Bahnhöfen, in Innenstädten und Zügen erleben.

Noch absurder wird es, wenn wir auf den Bereich Wirtschaft blicken. Die wirtschaftliche Lage im Land und in unserer Region ist in hohem Maße Folge der Klima- und Energiepolitik – auch Ihrer Partei, Herr Landrat. Die CDU ist in zentralen Fragen der Energie- und Klimapolitik kaum mehr von den Grünen zu unterscheiden. Sie halten stur an dem Irrweg einer „klimaneutralen“ Verwaltung bis 2040 fest und binden dafür Personal- und Finanzmittel, die wir im Ostalbkreis an ganz anderer Stelle dringend bräuchten.

Unsere Wirtschaft braucht im Übrigen keine „neuen Perspektiven“, sondern verlässliche und günstige Energie, weniger Bürokratie und weniger Bevormundung. In Baden-Württemberg erleben wir aktuell über 200 Insolvenzen jeden Monat. Und auch in unserer noch wirtschaftsstarken Region sehen wir doch die Risse: Bosch baut massiv Stellen ab, der Standort Schwäbisch Gmünd steht langfristig in Frage. Traditionssunternehmen wie Menrad schließen ihre Tore, und vor kurzem hat uns zudem noch die Nachricht der Insolvenz von Roku erreicht. Dazu kommen viele kleine Unternehmen, Betriebe und Selbstständige, deren Existenz ebenfalls zunehmend gefährdet ist. Es braucht hier keine schönen Worte, sondern echte Lösungen.

Wir erkennen an, dass viele dieser Probleme und Ursachen nicht auf kommunaler Ebene angestoßen wurden. Es sind Beschlüsse und Vorgaben der Bundes- und Landespolitik, für die keine ausreichende Finanzierung hinterlegt ist. Aber genau hier wird es schizophren: Es sind Ihre Parteien, die Altparteien, die diese Politik seit Jahren betreiben. Und auch wenn sie gelegentlich nach außen hin Kritik üben, setzen sie am Ende alles bereitwillig um, ohne dabei Konsequenzen zu ziehen.

Es ist offensichtlich, dass wir insbesondere auf Bundes- und Landesebene dringend einen politischen Wandel brauchen. Unsere Handlungsmöglichkeiten über den Kreishaushalt sind vor dem Hintergrund horrender Ausgaben im Bereich der Sozialgesetzgebung, der Migration und im Bereich Klima stark eingeschränkt. Wir erleben zudem vermehrt, dass linksgrüne politische Vorgaben bereits auf vielen Ebenen fest mit dem Verwaltungshandeln verwoben sind.

Nichtsdestotrotz haben wir uns der Aufgabe der Entideologisierung des Kreises, soweit möglich, angenommen und wieder entsprechende Anträge zum Haushalt eingebracht. Einige davon werden Sie noch aus dem letzten Jahr kennen. Vieles, was im Jahr 2024 bereits richtig gewesen wäre, ist es nach wie vor.

Zunächst haben wir uns die Personalausgaben vorgenommen. Wir erleben landesweit eine Vergrößerung der Verwaltungsstrukturen und einen damit einhergehenden Personalaufbau. Häufig wird dabei der sogenannte „Freiwilligkeitsbereich“ missbraucht, um linke Ideologie in Verwaltungshandeln zu überführen. Auch im Ostalbkreis sind die Personalkosten in den letzten fünf Jahren um über 30 Prozent gestiegen. Wir haben daher eine umfassende Anfrage zu Personalstellen im Freiwilligkeitsbereich gestellt, danken der Verwaltung für die schnelle Beantwortung und schlagen hier folgende Einsparmöglichkeiten vor:

Die Kontaktstelle „Frau und Beruf“ ist unverzüglich zu schließen und die damit verbundenen 1,25 Vollzeitäquivalente sind zu streichen. Ich habe bereits im Rahmen der Debatte zum Gleichstellungsaktionsplan den Standpunkt meiner Fraktion klar gemacht. Frauen und Männer sind in Deutschland gleichberechtigt, ob am Arbeitsmarkt, vor Gericht oder im Alltag. Eine Sonderberatungsstelle nur für Frauen ist daher nicht mehr zeitgemäß und letztendlich diskriminierend. Wir erleben vielmehr, wie derartige Themen missbraucht werden, um, wie zum Beispiel in der Debatte zur Inneren Sicherheit, Missgunst zwischen Frauen und Männern zu säen.

Weiter müssen wir abermals über Schulsozialarbeit sprechen. Mittlerweile sind wir bei Kosten über 2,3 Millionen Euro angekommen. Und ja, wir haben Probleme an unseren Schulen. Eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hat ergeben, dass im vergangenen Jahr allein in Baden-Württemberg fast 2.800 Schüler Opfer einer Straftat wurden. Also 15 Opfer auf unseren Schulhöfen jeden Tag und eine Dunkelziffer, vor der es mir graut. Dazu kommen noch immer Schäden durch ihre Corona-Politik und neue Herausforderungen durch

soziale Medien und den technischen Fortschritt. Genau hier wird es perfide: Die Mehrzahl dieser Probleme ist maßgeblich auf die Politik der vergangenen Jahre, vor allem die Zersetzung der traditionellen Familie und die Politik der offenen Grenzen, zurückzuführen. Nun wird uns der Schulsozialarbeiter als Lösung präsentiert. Im besten Fall also wieder einmal nur Symptombekämpfung. Aus unserer Sicht ist der Nutzen der Schulsozialarbeit aber grundsätzlich zweifelhaft. Wirklich gewiss sind nur die horrenden Kosten, weshalb wir hier dringend eine Neuevaluierung brauchen.

Weiter fordern wir die Schließung des Europabüros und die Streichung der damit verbundenen Stelle. Längst schon haben sich die EU und die sie tragenden Eliten von der Ursprungsidee der Gründeräter verabschiedet. Übrig geblieben ist ein intransparenter Bürokratie-Moloch, der unser Land und insbesondere unsere Wirtschaft lähmt. Die EU in ihrer heutigen Form ist ein Relikt der Vergangenheit und kann in einem positiven Zukunftsentwurf für unser Land in dieser Form keinen Platz mehr finden. Die Menschen im Kreis brauchen dementsprechend auch keine vom Kreis mitfinanzierte Stelle, die betreutes Denken betreibt und permanent einflüstert, dass wir die EU als alternativlos zu akzeptieren haben.

Ebenfalls zu streichen ist die Stelle des Integrationsbeauftragten. Wer hier leben möchte, hat sich zu assimilieren. Das ist eine Bringschuld der Betroffenen. Es gibt zudem bereits auf Bundes- und Landesebene mehr als genug Projekte in diesem Bereich.

Wir haben, wie auch im letzten Jahr, erneut einen Antrag zum Thema Migration und Integration gestellt. Wir erwarten eine detaillierte, kleinteilige Aufschlüsselung über die Kosten, die in diesen Bereichen im Landkreis beziehungsweise im dortigen Freiwilligkeitsbereich anfallen. Eine uns bekannte Maßnahme haben wir als Beispiel bereits noch einmal auf das Tableau gebracht. Wir brauchen kein kostenloses WLAN in den Asylunterkünften des Landkreises. Denn dieser Bedarf wird bereits durch die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes vollständig abgedeckt. Wir haben zudem kein Verständnis, warum hier Leistungen über das Pflichtmaß hinaus gewährt werden. Wir haben Alters- und Kinderarmut in diesem Land und belasten die arbeitende Bevölkerung mit immer mehr Steuern und Abgaben. Jeder Euro, der hier zusätzlich ausgegeben wird, ist eine Frechheit.

Ein weiteres fatales Signal des Landkreises möchte meine Fraktion mit einem anderen Antrag aus der Welt schaffen. Wir glauben, dass wir mittlerweile an einem Punkt angekommen sind, an dem – zumindest im Hinblick auf die

Finanzlage – jeder den Ernst der Lage erkannt hat. Und wir wissen, dass auch im Vergleich kleine Beträge in diesem Haushalt diskutiert werden müssen. Erst vor wenigen Wochen hat meine Fraktion einen Antrag zur Einrichtung eines Förderprogramms zur Pflege verletzter Wildtiere eingebracht. Die Verwaltung hat seinerzeit ihre Ablehnung maßgeblich auch mit der Haushaltsslage begründet. Es wäre um eine Summe von etwa 15.000 bis 20.000 Euro gegangen, die Ehrenamtlichen und damit unserer Region unmittelbar zugutegekommen wäre. Vor diesem Hintergrund ist es für uns absolut unverständlich, warum die Verwaltung weiterhin 10.000 Euro Steuergeld zur Förderung von Projekten in Entwicklungsländern verprasst.

Ebenso fatal ist der Anstieg an Zuwendungen beim sogenannten „Welcome-Center für Fachkräfte“ von zuvor 30.000 auf nun 40.000 Euro. Dieses Center erzielt kaum bis keine nachweisbaren Erfolge. Wer sich selbst ein Bild machen möchte, welche Art von „Fachkräften“ hier betreut werden, dem sei der RTL-Extra-Beitrag vom 24.10.2023 über die arbeitsunwillige Afghanenfamilie in Schwäbisch Gmünd nahegelegt. Wir fordern daher folgerichtig die vollständige Streichung dieser Zuwendungen.

Ich mache mir bezüglich unserer Anträge keine Illusionen. Wir leben in Jahren der Brandmauerpolitik und die hier anwesenden Parteien sind von diesem undemokratischen Geist gezeichnet. Mit großer Sorge beobachte ich, wie offener Diskurs und freie Meinungsäußerung in unserem Land auf dem Rückzug sind. Immer mehr Bürger geben in Umfragen an, dass sie sich nicht mehr trauen, ihre Meinung öffentlich zu sagen. Das ist die Folge einer Entwicklung, in der Menschen strafrechtlich verfolgt werden, weil sie einen Schwachkopf einen Schwachkopf nennen, in der der Verlust des Arbeitsplatzes bei politischer Betätigung droht, in der Wähler und deren Vertreter ausgegrenzt werden, ein instrumentalisierter Inlandsgeheimdienst gegen die Opposition ins Feld geführt wird und offen über ein Parteiverbot gesprochen wird. Wer so mit Meinungsfreiheit und politischem Wettbewerb umgeht, darf sich nicht wundern, wenn das Vertrauen der Menschen in dieses System schwindet.

Ich komme wieder auf den Beginn meiner Rede zurück und möchte mit einem hoffnungsvollen Gedanken schließen. In etwas mehr als einhundert Tagen stellt sich die Frage: Weiter wie bisher oder ein echter Neuanfang? Wir haben die Möglichkeit, unserem Land ein Comeback zu verschaffen, mit sicheren Städten, verlässlichen Finanzen und Politik für die eigenen Leute. Die Wahl ist geheim. Nutzen wir alle diese Chance, zum Wohl des Ostalbkreises und seiner Bürger. Vielen Dank.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Dezernat IV: Abteilung IV/01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ auf das gesetzliche Mindestmaß abrüsten

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Abteilung IV/01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ innerhalb des Dezernat IV „Umwelt und Energie“ wird soweit möglich geschlossen zum Allermindesten auf das gesetzliche Mindestmaß reduziert. Die Verwaltung wird ersucht, einen entsprechenden Plan zur schnellstmöglichen Abrüstung der Abteilung IV/01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ vorzubereiten und diesen auszuführen.

27. November 2025

Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Ein nennenswerter Einfluss von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der „UN-Weltklimarat“ IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: „In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, dass es sich dabei um ein gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich.“ Diese Aussage bleibt nach Einschätzung vieler Experten weiterhin gültig.

Statt in den aus wissenschaftlichen Gründen zum Scheitern verurteilten „Schutz des Klimas“ Hunderte Milliarden Euro zu investieren, fordert die AfD bereits seit Jahren hier mit mehr Nachsicht und Verstand vorzugehen und diese Mittel sinnvoller einzusetzen. In der Realität werden die Finanzmittel zur „Klimarettung“ u.a. missbräuchlich für die Befriedigung von Lobbyinteressen vor allem der Wind- und Solarindustrie fehlgeleitet.

Wir retten im Ostalbkreis nicht das Klima. Klimaschutz ist ein politischer Kampfbegriff, das Klima lässt sich nicht schützen. Dementsprechend darf hart erarbeitetes Steuergeld nicht sinnfrei verschwendet werden. Jegliche „Klimaschutzmaßnahmen“ seitens der Landkreisverwaltung sind einzustellen, beginnend mit der Abrüstung der Abteilung IV/01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Ersatzlose Streichung sämtlicher freiwilliger und nicht verpflichtender Leistungen im Themenfeld Asyl, Migration und Integration

Der Landrat möge berichten:

1. Welche nicht gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen, Angebote, Projekte oder sonstigen Maßnahmen im Bereich oder im unmittelbaren Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration durch den Landkreis erbracht, gefördert oder finanziert werden. Hierbei sind sämtliche freiwilligen Leistungen wie Sachleistungen, finanzielle Unterstützungen, Förderungen, Programme und organisatorische Maßnahmen möglichst vollständig und jeweils mit den entsprechenden Kosten aufzulisten.

Der Kreistag möge beschließen:

2. Sämtliche freiwilligen und nicht zwingend vorgeschriebenen Leistungen des Landkreises im Bereich oder im unmittelbaren Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration werden unverzüglich und ohne Ersatz eingestellt.

27. November 2025

Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Die millionenfache Migration der vergangenen Jahre hat unserem Land irreparable Schäden zugefügt und kostet darüber hinaus den Steuerzahler jedes Jahr eine Milliardensumme. Jedwede freiwillige Leistung des Landkreises in den Bereichen bzw. im Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration sind nicht vermittelbar und daher unverzüglich ersatzlos zu streichen. Zudem dürfen seitens des Landkreises durch freiwillige Zusatzleistungen auch keine "Pull"-Faktoren begünstigt werden, welche die dringend notwendige Umkehr der Massenzuwanderung erschweren.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Förderung von Projekten in Entwicklungsländern einstellen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Förderung von Projekten in Entwicklungsländern mit einem Haushaltsansatz für 2026 von 10.000 Euro ist ersatzlos zu streichen.

27. November 2025

Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Wer selbst kein Geld hat und mit einer möglichen Verschuldung zum 31.12.2026 von 115.000.000 Euro plant, kann und sollte das Geld der Bürger nicht in der Welt verteilen. Die Landkreisverwaltung würde mit dieser Förderung ein fatales Signal an den Bürger senden und zurecht Unverständnis sowie Kritik ernten.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Reduzierung freiwilliger Personalstellen im Rahmen der Haushaltsplanung

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die nachfolgend aufgeführten Personalstellen, die ausschließlich freiwillige und nicht gesetzlich verpflichtende Aufgabenbereiche betreffen, sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzusparen. Eine Wiederbesetzung freiwerdender Stellen sowie die Verlängerung befristeter Verträge erfolgt nicht.
 - Integrationsbeauftragte (1 VZÄ, A 12)
 - Radverkehrskoordinator (1 VZÄ, EG 12)
 - Koordination Ostalbkreis-Bündnis (0,5 VZÄ, EG 9b)
2. Die Einsparung der genannten Stellen ist schnellstmöglich umzusetzen, um unverzüglich haushaltswirksam zu werden. Aufgaben, die trotz Wegfall der Stellen zwingend weiterzuführen sind, werden im Rahmen vorhandener gesetzlicher Zuständigkeiten auf bestehende Strukturen und Fachbereiche verteilt. Dabei ist sicherzustellen, dass ausschließlich solche Tätigkeiten fortgeführt werden, die unmittelbar aus gesetzlichen Vorgaben resultieren oder für den ordnungsgemäßen Verwaltungsablauf zwingend erforderlich sind. Weitergehende freiwillige oder ideologisch ausgerichtete Aufgaben entfallen vollständig.

27. November 2025

Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Bei den genannten Stellen handelt es sich um Aufgabenfelder, die nicht aus gesetzlichen Vorgaben hervorgehen, sondern aus politischen Schwerpunktsetzungen abgeleitet wurden. Diese Funktionen sind somit nicht zwingend erforderlich und dienen vorrangig dem Zweck die eigene politische Ideologie in Verwaltungshandeln zu übertragen.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Schließung der Kontaktstelle Frau und Beruf

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Kontaktstelle Frau und Beruf ist unverzüglich zu schließen und alle damit verbundenen Ausgaben sind einzustellen.

27. November 2025

Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Frauen und Männer sind in Deutschland gleichberechtigt. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Sonderberatungsstelle für Frauen nicht mehr zeitgemäß und diskriminierend. Darüber hinaus bestehen auf Bundes- und Landesebene bereits eine Vielzahl an Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Ein zusätzliches Angebot des Landkreises ist auch insbesondere aufgrund der derzeitigen Haushaltslage nicht länger tragbar.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Schulsozialarbeit im Ostalbkreis neu evaluieren und an die tatsächliche Notwendigkeit anpassen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Schulsozialarbeit ist kein Mittel, um jegliche sozialen Missstände zu beheben. Stattdessen wird sie als punktuell wirksame Unterstützung für unserer Bildungsinstitutionen verstanden und eingesetzt. Leistungen der Schulsozialarbeit im Ostalbkreis werden anhand des Bedarfs, d.h. der tatsächlich vorhandenen Probleme angeboten.
2. Die Verwaltung wird ersucht, zu prüfen, welche Schulen im Ostalbkreis der Schulsozialarbeit bedürfen bzw. an welchen Schulen diese eingestellt und somit Gelder eingespart werden können. Die Ergebnisse müssen anhand einer qualitativen Prüfung mittels messbarer Indikatoren, wie z.B. der Schulabbrecherquote oder dem Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund, ermittelt worden sein und dem Kreistag vorgelegt werden.

27. November 2025

Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Die AfD-Fraktion versteht die Sozialarbeit nicht als „Wundermittel“, um jegliche sozialen Missstände zu beheben. Stattdessen soll sie allerhöchstens als Unterstützung für soziale Brennpunkte eingesetzt werden.

Insbesondere das Argument der immer heterogener werdenden Klassenzusammensetzung und den damit entstehenden Problemen, welche die Schulsozialarbeit notwendig machen sollen, stellt sich in der Realität als reine Symptombekämpfung dar. Besonders die Masseneinwanderung und der damit verbundene praktizierte Unterricht mit Schülern auf unterschiedlichen Niveaustufen und unterschiedlichen kulturellen Prägungen erzeugt erhebliche soziale Probleme, welche die Schulsozialarbeit möglicherweise kaschieren, jedoch nicht beheben kann.

Mit ideologisch linker Politik wurde ein sich selbst nährendes System geschaffen, welches u.a. in der Schulsozialarbeit seinen Ausdruck findet. Schulsozialarbeiter, welche sich aus dem links-liberalen Milieu rekrutieren, das die falsche Politik macht, welche dann zu den Problemen an den Schulen führen und den Ruf nach Schulsozialarbeit untermauern. Der

fehlende Wille diese sozialen Probleme zu lösen liegt auf der Hand, da der eigene Berufsverlust die direkte Folge wäre.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

WLAN in den Unterkünften der vorläufigen Unterbringung (Asylbewerberunterkünften) des Landkreises einstellen

Der Landrat möge berichten:

1. In welchen Unterkünften der vorläufigen Unterbringung des Landkreises (freies) WLAN zur Verfügung gestellt wird, welche Kosten dem Landkreis hierfür entstanden sind und u.a. durch Service- und Wartungsleistungen weiter entstehen.
2. Ob Haushaltsansätze für den (weiteren) Ausbau des Netzes geplant sind und welche Ausbaumaßnahmen bisher durchgeführt wurden.

Der Kreistag möge beschließen:

3. Die bisher gewährten Leistungen eines (freien) WLANs für Asylbewerber in den Unterkünften der vorläufigen Unterbringung werden eingestellt und hierfür geplante Investitionen bzw. mögliche Haushaltsansätze ersatzlos gestrichen.

27. November 2025

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Das AsylbLG rechnet Leistungen der Telekommunikation zum Existenzminimum hinzu. Dementsprechend ist hierfür ein Bedarf nach EVS Abteilung 8 „Post und Telekommunikation“ hinterlegt, welchen der Asylbewerber für seinen Kommunikationsbedarf ausgeben kann und soll. Ergänzt wird dieser Bedarf durch Abteilung 9 „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“, unter welche z.B. Datenverarbeitungsgeräte sowie Apps und somit auch Telefonkarten fallen, mit denen eine Internetnutzung möglich wird. Der existenzsichernde Bedarf für Kommunikation ist somit durch die Leistungen nach AsylbLG vollständig abgedeckt. Ein Anspruch auf WLAN existiert nicht.

Bei der Bereitstellung von WLAN in den Unterkünften der vorläufigen Unterbringung wird somit eine freiwillige Leistung seitens des Landkreises erbracht. Diese Leistung gilt es einzustellen, da sich der Landkreis derartige freiwillige Ausgaben, insbesondere in Krisenzeiten, nicht leisten kann und sollte. Zudem ist es dem Bürger nicht zu vermitteln, weshalb Asylbewerber kostenfreies WLAN zur Verfügung gestellt bekommen, während sich viele Menschen aufgrund von Inflation und Teuerung die Konsumgüter des täglichen Bedarfs kaum noch leisten können.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Zuschuss an den Kreisjugendring Ostalb e.V. senken

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der im Haushaltsplan angesetzte Zuschuss in Höhe von 180.000 Euro für 2026 an den Kreisjugendring Ostalb e.V. wird auf 50.000 Euro gesenkt.

27. November 2025

Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Jugendarbeit und damit auch der Kreisjugendring ist im Grunde eine gute Sache. Die Verantwortlichen des Kreisjugendrings treten bedauerlicherweise nicht politisch neutral auf, sondern folgen einer klar linksorientierten Ideologie.

Diese Ideologie wirkt sich auch auf deren Veranstaltungen und Projekte aus und führt zur Beeinflussung und Indoktrination von Kindern und Jugendlichen. Es ist nicht die Aufgabe von Jugendarbeit Kinder zu instrumentalisieren, um politische Botschaften zu senden. Eine politische Agitation ist mit Jugendarbeit nicht vereinbar. Die Jüngsten in unserer Gesellschaft für politische Spielchen zu missbrauchen ist an Abscheulichkeit nicht zu überbieten und muss eine Senkung der Zuschüsse, welche durch den Landkreis ausbezahlt werden, zur Folge haben.

Insofern festgestellt werden kann, dass eine politische Neutralität des Kreisjugendrings und deren Verantwortlichen wieder gegeben ist, z.B. aufgrund der bereitgestellten Angebote, kann auch über eine Erhöhung hin zum ursprünglichen Betrag diskutiert und beraten werden.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Zuweisungen an das Welcome-Center für Fachkräfte ersatzlos streichen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Zuweisungen in 2026 an das Welcome-Center für Fachkräfte in Höhe von 40.000 Euro werden ersatzlos gestrichen.

27. November 2025

Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Ein rohstoffarmes Land wie Deutschland braucht kluge Köpfe und geschickte Hände. Besonders im Bereich der Schlüsseltechnologien gibt es einen erheblichen Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften.

Doch Deutschland stellt sich durch eine verheerende Politik höherer Ebenen zunehmend als unattraktives Land für wirkliche Fachkräfte dar. In der Realität erleben wir eine Abwanderung an qualifizierten Fachkräften und einen Zuzug unqualifizierter Menschen. Institutionen wie das Welcome-Center für Fachkräfte erzielen kaum bis keine nachweisbaren Erfolge. Nur allzu häufig liest und hört man von Negativbeispielen wie etwa der arbeitsunwilligen Afghanenfamilie in Schwäbisch Gmünd, welche im RTL-Extra Beitrag vom 24. Oktober 2023 über das „Welcome Center“ in Schwäbisch Gmünd traurigerweise nur allzu eindrücklich darlegte, was für eine Art von „Fachkräften“ derartige Einrichtungen betreuen und vermitteln.

Insbesondere die millionenfache Migration von unqualifizierten Menschen nach Deutschland führt zu einem stark erhöhten Bedarf an Fachkräften, neben weiteren negativen Folgen wie etwa horrende Sozialausgaben und einer massiven Kriminalitätsbelastung. Um die Wirtschaft zu stärken, bedarf es einer aktiven Fachkräftgewinnung im Inland und von tatsächlich qualifizierten ausländischen Fachkräften. Dies beinhaltet u.a. auch die Vermittlung und unterstützende Maßnahmen für Unternehmen. Derartige Vorhaben sollten jedoch nicht von einem Landkreis durchgeführt und finanziert werden, sondern hier wären Landes- und Bundesregierung in der Pflicht.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Schließung des Europabüros

Der Kreistag möge beschließen:

1. Das Europabüro ist unverzüglich zu schließen und alle damit verbundenen Ausgaben sind einzustellen.

27. November 2025

Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Die EU und die sie tragenden Eliten haben sich von der Ursprungsidee der Gründerväter einer europäischen Gemeinschaft schon vor vielen Jahren verabschiedet. Sie höhlen die Souveränität der Nationalstaaten kontinuierlich aus und streben einen EU-Superstaat an. Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende, demokratisch verfasste Staaten sind.

Das vollständige Versagen der EU in allen Bereichen, die Europa existenziell betreffen, zeigt sich exemplarisch in der fahrlässig herbeigeführten Migrationskrise. Obwohl der Schutz der europäischen Außengrenzen zu den wesentlichen Aufgaben der EU gehört, steht sie der illegalen, durch kriminelle Schlepperbanden organisierten Masseneinwanderung tatenlos gegenüber. Grenzen müssen wieder als das verstanden werden, was sie sind: als Schutz vor Angriff und Vereinnahmung, als Unterscheidung von Eigenem und Fremdem, als Voraussetzung für souveräne Staatlichkeit.

Der Bürger im Ostalbkreis braucht dementsprechend auch keine vom Kreis finanzierte staatliche Stelle bzw. ein Europabüro, welches betreutes Denken und ständige Erinnerungen daran anbietet, dass wir die EU als ausgezeichnet, unausweichlich und alternativlos zu akzeptieren haben. Bei der vorliegenden Haushaltslage darf kein Geld für kritiklose pro-EU Propaganda verschwendet werden.